

vbw Vorstand

Dienstag, 06. Februar 2024, 16:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, ExecutiveArea

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

TOP 3

Bericht des Hauptgeschäftsführers

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bevor ich mit meinem Bericht beginne, möchte ich recht herzlich Sandra Stenger als neues Mitglied in diesem Gremium begrüßen. Frau Stenger hat zu Jahresbeginn den Vorstandsvorsitz des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft übernommen und folgt in dieser Funktion – und damit auch als Mitglied des vbw Vorstands – nach auf Anna Engel-Köhler, die zum Jahresende in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist.

Frau Stenger, ich freue mich sehr, dass Sie ab jetzt im vbw Vorstand mit dabei sind. Vielleicht möchten Sie sich den Teilnehmern des Gremiums kurz vorstellen?

Vielen Dank, Frau Stenger!

Jetzt zu meinem Bericht.

Ich starte – wie immer – mit der konjunkturellen Lage.

Konjunktur

Die wirtschaftliche Lage entwickelt sich weiter schwach. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr gesunken. Die weltwirtschaftliche

Lage und das Haushaltschaos der Bundesregierung haben die Hoffnung auf eine baldige konjunkturelle Erholung in Deutschland zunichte gemacht.

Deutsche Wirtschaft 2023 geschrumpft

Seit ein paar Tagen ist es offiziell: Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands ist im vergangenen Jahr um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

In der längerfristigen Entwicklung spiegelt sich die schwache wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls wider. Die Zeiten des Wachstums, die wir in den 2010er Jahren erlebt hatten, sind vorerst beendet. Im Grunde ist unsere Wirtschaftsleistung kaum höher als im Jahr 2017.

Haushaltskrise – Wirtschaftliche Folgen

Auch für das laufende Jahr sind die Perspektiven wenig erfreulich. Die Prognosen für die BIP-Entwicklung werden zunehmend nach unten korrigiert.

Die meisten Forschungsinstitute und Organisationen gehen von einem minimalen Plus von etwa einem halben Prozent aus, das gewerkschaftsnahe IMK sowie das IW Köln rechnen sogar mit einem erneuten Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt.

Ganz aktuell ist die Prognose der OECD von 0,3 Prozent für Deutschland. Damit sind aus OECD-Sicht die Aussichten unter den größten Industrie- und Schwellenländern (G20) nur in Argentinien noch schlechter als in Deutschland.

Wir haben zum Jahreswechsel für Bayern einen BIP-Anstieg in diesem Jahr um bestenfalls 0,3 Prozent prognostiziert – und bleiben auch dabei.

Stimmung bleibt schlecht

Die Stimmung in der Wirtschaft ist schlecht – und zwar noch schlechter als die reale Konjunkturlage.

Wichtige Indikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex oder der Einkaufsmanagerindex liegen in Bereichen,

die einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität nahelegen.

Am zuversichtlichsten bewerten die Einkäufer aus dem Dienstleistungssektor die Situation. Dieser Bereich setzt seine Hoffnung auf die steigende Kaufkraft infolge der rückläufigen Inflation. Ob sich dies aber tatsächlich in einem höheren Konsum niederschlägt, bleibt fraglich.

Für die Industrie, die gerade in Deutschland und Bayern stark auf Investitionsgüter ausgerichtet ist, sieht es hingegen deutlich schlechter aus.

Rückläufige Industrieproduktion

Die Schwäche der Industrie zeigt sich an der aktuell rückläufigen Industrieproduktion.

Spätestens seit Frühjahr 2023 geht diese konsequent zurück und liegt mittlerweile um über 10 Prozent tiefer als in den Jahren 2017 und 2018.

Verantwortlich für schwache Produktionszahlen waren in den vergangenen eineinhalb Jahren zwar in erster

Linie deutliche Produktionskürzungen in den energieintensiven Industriezweigen wie der Chemieindustrie. Aber auch in der Metall- und Elektroindustrie, die rund zwei Drittel der industriellen Wertschöpfung in Deutschland ausmacht, ist zurzeit eine Abwärtsdynamik erkennbar.

Rückläufige Inflation

Einen Lichtblick stellt die rückläufige Inflation dar. Zwar lag diese mit +5,9 Prozent im Jahr 2023 noch immer auf einem sehr hohen Niveau, sie ging im Laufe des Jahres aber deutlich zurück und erreichte im Januar 2024 mit +2,9 Prozent das erste Mal seit Juni 2021 wieder Werte von unter drei Prozent. Für das Jahr 2024 als Ganzes erwarten die führenden Forschungsinstitute Werte zwischen 2,5 und drei Prozent.

Zeitgleich steigen die Löhne kräftig an. Ob und wann sich das in einem höheren Konsum niederschlägt, bleibt abzuwarten.

Negativer Trend am bayerischen Arbeitsmarkt

Bereits seit einiger Zeit beobachten wir auch in Bayern eine schwächere Entwicklung am Arbeitsmarkt. Im Verlauf des Jahres 2023 ist die Arbeitslosigkeit stetig angestiegen und der Beschäftigungsaufbau hat sich verlangsamt.

Im Januar 2024 lag die Arbeitslosenquote bei 3,9 Prozent. Vor einem Jahr lag sie noch bei 3,6 Prozent. Für die kommenden Monate erwarten wir einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Haushaltskompromiss 2024

Wir hatten in der letzten Sitzung ausführlich über die Haushaltsproblematik gesprochen. Wie Sie wissen, hat sich die Ampel dann kurz vor Weihnachten auf einen Kompromiss für den Haushalt 2024 geeinigt. Das parlamentarische Verfahren wurde letzte Woche beendet.

Haushaltskompromiss: Maßnahmen auf einen Blick

In der Übersicht wurde überall etwas, aber meistens am falschen Ende gespart.

Haushaltskompromiss 2024: Energie / Verkehr

Im Bereich „Energie / Verkehr“ ist ein wesentlicher Kritikpunkt, dass durch den Kompromiss die Energiekosten steigen.

- Einerseits sinkt zwar die Stromsteuer auf das europarechtliche Mindestmaß, was eine Absenkung der Strompreise um 1,5 Cent pro Kilowattstunde bedeutet.
- Andererseits wird der Zuschuss zu den Netzentgelten abgeschafft. Das bedeutet einen Anstieg der Strompreise um etwa 3 Cent/kWh. Unterm Strich steigen also die Strompreise. Die Abschaffung der Zuschüsse zu den Netzentgelten bringt dem Bundeshaushalt 5,5 Mrd. Euro pro Jahr.
- Zudem steigt der CO₂-Preis fürs Tanken und Heizen stärker als geplant, so dass Benzin/Diesel und Heizöl teurer werden. Die Transportbranche trifft dies

besonders. Sie musste ja gerade erst eine massive Mauterhöhung verkraften, die sich an dem CO₂-Ausstoß orientiert. Sie wird also gerade doppelt belastet.

Haushaltskompromiss 2024: Soziales

Ein weiterer deutlicher Kritikpunkt am Haushaltskompromiss ist, dass es bei den Sozialleistungen so gut wie keine Einsparungen gibt.

- Zwar unterstützen wir die verschärften Sanktionen für „Totalverweigerer“ beim Bürgergeld, die zunächst für zwei Jahre befristet sind. Insgesamt aber greifen die Maßnahmen beim Bürgergeld viel zu kurz. Sie tragen kaum dazu bei, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Hier hätte man deutlich entschlossener agieren müssen. Bei der Gelegenheit will ich auf unseren Kongress zum Bürgergeld hinweisen, der am 28. Februar 2024 stattfindet und bei dem wir die Reformnotwendigkeiten diskutieren werden.

- Die Ampel hatte ursprünglich die Rückzahlung der in Zeiten der Corona-Krise an die Arbeitslosenversicherung geleisteten Zuschüsse gefordert. Bis 2027 sollten insgesamt 5,4 Mrd. Euro zurückgezahlt werden. Die Ampel ist hier ein Stück weit zurückgerudert. Zumindest ist die Rückzahlung der Tranche für 2024 in Höhe von 1,5 Milliarden Euro jetzt vom Tisch. Was mit den restlichen 3,7 Milliarden Euro geschieht ist aber noch unklar.
- Was wir dagegen begrüßen, ist, dass die Bundeszuschüsse zur Gesetzlichen Rentenversicherung bis 2027 um jährlich ca. 1,2 Mrd. Euro gekürzt werden sollen. Die Rücklage der DRV ist derzeit komfortabel und hält das aktuell aus.

Das allein ist natürlich keine nachhaltige Lösung für die Finanzierung der Rente. Zumal die Ampel beim Aushandeln des Haushaltskompromisses gleichzeitig bekräftigt hat, dass sie an der dauerhaften Festschreibung des Rentenniveaus des fiktiven Eckrentners auf 48 Prozent des letzten

Nettoeinkommens festhalten will, was schlichtweg nicht bezahlbar ist.

Wir brauchen stattdessen – und zwar jetzt – eine komplett andere Herangehensweise bei der Rente:

- Die dauerhafte Festlegung der Haltelinie auf 48 Prozent darf nicht kommen.
- Die Rente mit 63 muss sofort abgeschafft werden.
- Wir müssen den Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenanpassungsformel anpassen. Aktuell geht dieser Nachhaltigkeitsfaktor „nur“ mit einem Gewicht von 0,25 in die Anpassung der Renten ein. Wir fordern, dass der Nachhaltigkeitsfaktor ein Gewicht von 0,33 bekommt. Wenn das passiert, werden die Renten künftig weniger stark wachsen und die Tatsache, dass weniger Beitragszahler mehr Rentner finanzieren müssen, wird besser abgebildet.
- Eine zusätzliche Forderung lautet: Bei früherem Zugang in die Rente müssen mathematisch korrekte

(höhere) Abschläge bezahlt werden. Bislang sind die Abschläge zu gering.

- Zudem müssen wir das Renteneintrittsalter von 67 Jahren schrittweise anheben.

Haushaltskompromiss 2024: Weitere Maßnahmen

Hier noch die weiteren Maßnahmen des Sparkompromisses 2024.

Insgesamt kann man festhalten: Der Bund hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.

Es wurde insgesamt kaum gespart, übrigens auch nicht bei der Regierung selbst: Kein Mut, mit gutem Beispiel voranzugehen, kein Stellenabbau in der Ministerialverwaltung, kein Stopp von teuren eigenen Bauvorhaben, etwa beim Kanzleramt und Bundestag – das ist kein gutes Signal!

Eher wurden zusätzliche Einnahmen generiert, Energie wurde verteuert und es wurden Kosten verschoben. Nicht nachvollziehbar – und wie ich finde, auch nicht

tolerierbar – ist zudem, dass es bei den Sozialleistungen so gut wie keine Einsparungen gibt.

Die Ampel hat mit dem Kompromiss offenbart, dass sie nicht bereit ist, grundlegend umzusteuern.

10-Punkte-Plan der vbw mit Forderungen zur Wirtschaftspolitik

Nicht zuletzt mit ihren Einsparvorstellungen hat die Ampel-Regierung gezeigt, dass sie nicht in der Lage ist, die richtigen Schwerpunkte für das Flottmachen und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu setzen.

Auch deshalb gab es zuletzt massive Proteste in verschiedenen Wirtschaftsbranchen.

Neben den zahlreichen Bauernkundgebungen hat auch die bayerische Transport- und Logistikbranche am 12. Januar 2024 auf der Münchner Theresienwiese lautstarken Protest geäußert.

Als vbw haben wir uns an diesen Aktionen beteiligt und vor Ort unsere Solidarität mit den Protestierenden

bekundet. Bei der Aktion der Transportbranche am 12. Januar auf der Theresienwiese hat unser Präsident gesprochen. Bei der Bauern-Kundgebung auf dem Odeonsplatz habe ich die Fahne der vbw hochgehalten.

Unser Präsident und und ich haben klargemacht: So wie bisher kann es nicht weitergehen!

Deshalb haben wir einen Zehn-Punkte-Plan verfasst. Wir haben Ihnen das Papier zukommen lassen – und wir haben zeitgleich eine Presse- und Social Media Offensive dazu gestartet.

Die Kernbotschaft ist: Wir brauchen in der Bundespolitik ein massives Umlenken – unsere Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden!

Unsere Tonlage dagegen klar. Wir haben unsere Forderungen, die wir seit zehn Jahren haben, verdichtet. Zudem haben wir die Untätigkeit oder „Falschtätigkeit“ der Ampel klar benannt und angekündigt, dass wir auch mit physischen

Maßnahmen arbeiten werden, wenn sich jetzt nichts ändert!

Wir werden jetzt unsere Öffentlichkeitsaktivitäten dazu fortsetzen und dann Ende Februar entscheiden, ob und wenn ja: Wie wir weitermachen.

Bei aller Bescheidenheit denke ich, dass wir als vbw in den letzten Wochen durchaus einen klaren Beitrag dazu geleistet haben, dass der Ton der Wirtschaft gegenüber der Ampel-Regierung klarer und kritischer geworden ist.

Wir haben dafür von Ihnen viel Zuspruch bekommen – in ein bis zwei Fällen auch Kritik, dass wir nicht alle Kritikpunkte erfasst und benannt haben.

Meine Damen und Herren,

wie haben bereits in mehreren Sitzungen über das Verhältnis zur AfD diskutiert. Unsere Beschlusslage ist seit Jahren die gleiche und wurde aktuell wieder bestätigt.

Wir grenzen uns absolut und klar von der AfD ab, weil sie zumindest partiell antidemokratisch, rassistisch, anti-europäisch und pro-russisch ist.

Ein Austausch mit ihr findet nicht statt.

Inhaltlich bekämpfen wir die AfD mit Fakten und zeigen, wie wir dauerhaft den Wohlstand von Arbeitnehmern und Unternehmen und dem Wirtschaftsstandort insgesamt sichern können. Damit setzen wir den Scheinlösungen der AfD echte Lösungen entgegen.

Öffentlich haben wir unsere Abgrenzung klar und deutlich kommuniziert, was seit Mitte letzten Jahres in den Medien bundesweit Niederschlag gefunden hat. Aktuell haben der Präsident im Spiegel und ich in der Wirtschaftswoche nochmals nachgelegt.

Wo es sich anbietet, kooperieren wir mit den Parteien aus dem demokratischen Spektrum. Aber auch mit Gewerkschaften. Dem können und wollen wir uns nicht entziehen.

Ich komme jetzt mit nur knappen Worten zu einem anderen Thema. Aktuell in den letzten 14 Tagen stellt die Presse immer mehr Anfragen, ob unser Wirtschaftsminister Aiwanger sich genug um die Wirtschaft kümmert. Wir beantworten diese Fragen nicht, weil wir keine Noten zu einzelnen Ministern abgeben. Das steht uns nicht zu. Wenn wir etwas mit einem Kabinettsmitglied zu klären haben, dann tun wir es direkt.

Eine veränderte Schwerpunktsetzung bei seinen Außenauftritten halte ich für nicht unwahrscheinlich.

vbw Position „Lehren aus der PISA-Misere“

Meine Damen und Herren,

nochmals Themenwechsel: Aufgrund der PISA-Ergebnisse, die im Dezember vorgelegt wurden, hat uns das Präsidium beauftragt, ein Papier „Lehren aus der PISA-Misere“ vorzulegen.

Ergebnisse der letzten PISA-Studie (2022 durchgeführt, veröffentlicht Ende 2023):

Die Ergebnisse der letzten PISA-Studie zeigen, dass das Bildungsniveau in Deutschland weiter abfällt:

- In Mathematik fielen die deutschen Schüler*innen bei der letzten Studie besonders ab. Sie erreichten einen Punktwert von 475. Bei der vorherigen Untersuchung, die 2019 veröffentlicht wurde, waren es noch 500 Punkte.
- Im Lesen kamen sie auf 480 Punkte. 2019 waren es noch 498.
- Der Anteil der 15-Jährigen unter Mindestniveau stieg um zwölf Prozentpunkte in Mathematik und um elf Prozentpunkte im Lesen.
- Das Mindestniveau verfehlten 30 Prozent in Mathematik und 25 Prozent im Lesen.

vbw Position „Lehren aus der PISA-Misere“:

Kernforderungen

In unserem Papier haben wir unsere vbw Handlungsempfehlungen für das Bildungssystem

formuliert und Anfang Februar veröffentlicht. Sie lauten:

- Wir brauchen eine konsequente Sprachförderung und verpflichtende Sprachstandserhebungen bereits in den Kindertagesstätten.
- Wir brauchen ein verpflichtendes und je nach Leistungsstand zeitlich flexibles Vorschuljahr als echte Vorbereitung auf die Grundschule und auch zur Absicherung der erforderlichen (Sprach-)Standards.
- Wir müssen als eine zielgerichtete Maßnahme die Grundschulzeit flexibilisieren, wenn Kinder nach der Regelzeit von vier Schuljahren die definierten und anvisierten Standards in den Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Mathematik nicht hinreichend erzielen
- Es gilt, pädagogisches Personal noch besser auf die zunehmende Heterogenität der Kinder und Jugendlichen vorzubereiten und entsprechend zu qualifizieren – hierbei müssen die Chancen digitaler

Bildung über alle Phasen der Lehrerbildung stärker verankert werden.

- Es gilt, schulische Bildung als Methodenmix aus Präsenzlernen, digitalem Lernen und dem Einsatz digitaler Tools zu gestalten, in dem die Lernformen jeweils ihre Stärken ausspielen und sich sinnvoll ergänzen.
- Es gilt, einen Sozialindex als Steuerungsinstrument und Investitionsgrundlage einzuführen, damit die Ressourcenzuteilung gezielt dort verstärkt getätigt wird, wo die Bedarfe am größten sind.
- Es gilt, die Kultusministerkonferenz zur Beratungs- und Coachingeinheit für die Länder weiterzuentwickeln.
- Zudem gilt: Die im Koalitionsvertrag zwischen der CSU und den Freien Wählern zugesagten zusätzlichen 6.000 Lehrerstellen und 3.000 Stellen zur Entlastung der Verwaltung und zur Förderung der Schülerinnen und Schüler müssen tatsächlich kommen.

Kernenergie

Themenwechsel: Ich will noch einmal unsere Diskussion um die Kernkraft aufgreifen, die in der letzten Sitzung stattfand.

Sie alle wissen: Seit Mitte April 2023 ist in Deutschland kein Kernkraftwerk mehr am Netz. Wir hatten uns als vbw im Vorfeld klar gegen die Entscheidung der Bundesregierung ausgesprochen, die bis dahin noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke abzuschalten und haben uns damals für eine – zeitlich befristete – längere Laufzeit eingesetzt.

Mit der Entscheidung der Ampel sind wir das einzige große Industrieland, das vollständig aus der Kernenergie ausgestiegen ist. Andere Länder dagegen planen neue Projekte. Das heizt auch bei uns die Diskussion über eine mögliche Rückkehr zur Kernenergie im eigenen Land an.

Position zur Kernenergie

Nachdem der Ausstieg vollzogen ist, ist allerdings jetzt aus vbw Sicht eine Rückkehr zur Kernenergie für Deutschland keine Lösung.

1. Eine Wiederinbetriebnahme der drei zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke ist realistisch nicht möglich, weil nach Ansicht der Betreiber der Rückbau zu weit fortgeschritten ist und die erforderlichen Neugenehmigungen mehr als zehn Jahre dauern.
2. Auch ein Neubau von Kernkraftwerken ist keine Alternative. Er ist sehr langwierig. In Frankreich wird seit 14 Jahren an einem neuen Kraftwerk gebaut, Finnland hat 18 Jahre für sein neues Kraftwerk benötigt. Damit ist klar, dass wir mit Kernkraftwerken die Energieversorgung weder kurz- noch mittelfristig verbessern können. Stattdessen müssen wir auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, flankiert mit Gas- bzw. Wasserstoffkraftwerken in der Reserve, setzen.

3. Es sind keine Kostenvorteile zu erwarten: Aus finanzieller Sicht sind mittel- bis langfristig keine Vorteile durch neue Kernkraftwerke abzusehen, da die Kosten für die Erzeugung von Kernenergie deutlich über denen für Strom aus erneuerbaren Energien liegen. Zudem benötigt man in einem Stromsystem mit einem (perspektivisch) hohen Anteil erneuerbarer Energien während der windreichen bzw. sonnigen Zeit wenig bzw. keinen Strom aus Kernenergie. Dies führt zu hohen Refinanzierungskosten für neue Kernkraftwerke, wodurch der Preis für Strom aus Kernenergie dann nochmals steigen würde.
4. Neue, marktreife Technologien sind nicht in Sicht: Man hört derzeit viel von neuen Technologien im Kernenergiebereich. Bislang gibt es aber keine marktreifen Anwendungen. Viel gesprochen wird vor allem über das Potenzial der Kernfusion. Bei der Kernfusion werden die Atomkerne verschmolzen, und nicht wie im konventionellen Kernkraftwerk gespalten. In der Praxis würde dies erlauben, ähnlich

wie in einem Kernkraftwerk, klimafreundlich Energie ohne direkten CO₂-Austoss zu erzeugen. Die atomaren Abfälle bei der Kernspaltung bedürfen zudem keiner Endlagerung, da sie nur schwach radioaktiv sind (vergleichbar mit der medizinischen Strahlentherapie). Bis zur Marktreife wird es aber selbst bei sehr optimistischer Einschätzung noch mindestens bis Mitte der 2030er Jahre dauern.

Insgesamt ist die Rückkehr zur Kernenergie in Deutschland für uns daher zum jetzigen Zeitpunkt keine Option. Wir werden die technologische Entwicklung aber selbstverständlich weiter im Blick behalten.

In dem Zusammenhang begrüßen wir die nun vorgelegte Kraftwerksstrategie der Bundesregierung: Sie setzt auf Technologieneutralität und sieht ausdrücklich auch die Förderung der Kernfusion vor.

Der Schwerpunkt liegt aber zu Recht auf Gaskraftwerken, die perspektivisch für Wasserstoff

umgerüstet werden können. Eine solche Kraftwerksstrategie fordern wir seit vielen Jahren ein, um Versorgungssicherheit in Zeiten mit wenig Wind und Sonne zu gewährleisten. Richtig ist auch, dass als Anreiz für den Zubau auf einen Kapazitätsmechanismus gesetzt werden soll. Wir legen in einigen Tagen eine Studie zum Strommarktdesign vor, die Vorschläge für die kosteneffiziente Ausgestaltung macht.

Europawahl 2024

Jetzt nochmal ein Themenwechsel: Vom 06. bis 09. Juni 2024 finden die Europawahlen statt. In Deutschland wird am Sonntag, 09. Juni gewählt.

Vor allem die extremen rechten Parteien, die Europa – und am Ende in Wirklichkeit auch unsere demokratische Grundordnung – ablehnen, stellen hier eine echte Bedrohung dar.

Es deutet sich aktuell ein klarer Rechtsruck an. Vor allem die AfD und der französische Rassemblement National von Marine Le Pen in Frankreich befinden sich

in einem Umfragehoch. Aber auch in einigen anderen Ländern sind die rechtsextremen Parteien stark, in Italien, in Niederlande, in Polen mit der Pis Partei oder in Ungarn.

Für uns als vbw steht damit die Stoßrichtung, wie wir die Europawahlen begleiten, fest:

Wir werden vor allem ein klares und deutliches Zeichen „Pro Europa“ setzen. Wir werden die Vorteile der EU für die bayerische Wirtschaft und die Menschen aufzeigen.

Wir werden dafür auch die Menschen aufrufen, wählen zu gehen – und demokratische Parteien zu wählen.

Je mehr teilnehmen, desto geringer ins Gewicht fallen diejenigen, die aus Frust oder Protest gegen die EU abstimmen.

Unser „Slogan“ lautet daher schlicht

„Europa wählen!“

Er vereint die beiden Aspekte, zum einen

- dass wir für Europa eintreten – und gegen die Europa-Gegner sind und

- dass wir die Menschen aufrufen, wählen zu gehen.

Natürlich werden wir auch diejenigen Punkte sehr deutlich ansprechen, die in Europa nicht gut laufen. Schließlich wissen wir alle, dass die Brüsseler Blase in vielen Fällen weit übers Ziel hinausschießt mit ihrer bürokratischen Überregulierung, die den Unternehmen schwer zu schaffen macht. Und zwar in einem Ausmaß, das nicht mehr tolerierbar ist!

Gleichzeitig muss die EU in internationalen handelspolitischen, geostrategischen und sicherheitspolitischen Fragen deutlich stärker und geeinter auftreten als bisher der Fall! Diesen „Kritikpunkt“ werden wir auch mit dem Slogan: „Mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen“ transportieren.

Aktivitäten Europa

Wir setzen das mit einer Reihe von Aktivitäten um. So schreiben wir unter anderem ein eigenes vbw Programm zur Europawahl, das wir am 21. März 2024 im Rahmen einer Pressekonferenz unseres Präsidenten der

Öffentlichkeit vorstellen werden. Zudem werden wir mehrere Veranstaltungen zur Europawahl durchführen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!